

WHISTLEBLOWING MELDUNGEN

In Umsetzung des Gesetzesdekrets vom 10. März 2023, Nr. 24 hat sich Seniorenwohnheim Eden - soziale Genossenschaft mit den vorgeschriebenen Kanälen für den Empfang und die Verwaltung von Meldungen ausgestattet, die als „Whistleblowing“ bezeichnet werden.

WER KANN MELDUNGEN MACHEN?

- Die Mitglieder und Personen mit Verwaltungs-, Leitungs-, Kontroll-, Aufsichts- oder Vertretungsfunktionen, auch wenn diese Funktionen nur de facto im Seniorenwohnheim Eden - soziale Genossenschaft ausgeübt werden
- Angestellte, Auszubildende, Selbstständige, Freiberufler und Berater, die für Seniorenwohnheim Eden - soziale Genossenschaft tätig sind
- Personen, die in der Vergangenheit die oben genannten Funktionen ausgeübt haben, wenn die Informationen über Verstöße im Laufe des Arbeitsverhältnisses erworben wurden, und Personen, mit denen das Arbeitsverhältnis noch nicht entstanden ist - z.B. während Bewerbungsgesprächen oder Mitarbeiter in der Probezeit

GEGENSTAND DER MELDUNG

Die Liste ist sehr detailliert und komplex. Der Vollständigkeit halber verweisen wir auf das Gesetzesdekret 24/2023.¹

DIE KANÄLE



Grüne Nummer: **800 - 294 - 670** (deutsche Sprache) / **800 - 231 - 670** (italienische Sprache)

Anrufe werden aufgezeichnet.



E-Mail-Adresse: residenzaeden_whistleblowing@complegal.it

⇒ Meldende haben auch das Recht, ein direktes Treffen mit externen Experten außerhalb des Unternehmens zu beantragen, um die Meldung in einem vertraulichen Gespräch zu übermitteln. Es genügt, eine Anfrage über einen der oben genannten Kanäle zu stellen und eine Kontaktmöglichkeit für die Kontaktaufnahme anzugeben.

¹ Meldepflichtig sind grundsätzlich Verstöße gegen Vorschriften der Europäischen Union, die das öffentliche Interesse oder die Integrität des Unternehmens schädigen und von denen der Meldende im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit Kenntnis erlangt. Dazu gehören: Straftaten, die in den Anwendungsbereich von Rechtsakten der Europäischen Union oder einzelstaatlicher Rechtsakte oder von einzelstaatlichen Rechtsakten zur Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Union im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe fallen; Finanzdienstleistungen, -produkte und -märkte sowie Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung; Produktsicherheit und -konformität; Transportsicherheit; Umweltschutz; Strahlenschutz und nukleare Sicherheit; Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit sowie Tiergesundheit und Tierschutz; öffentliche Gesundheit; Verbraucherschutz; Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten sowie Sicherheit von Netzwerken und Informationssystemen; Handlungen oder Unterlassungen, die den finanziellen Interessen der Europäischen Union schaden, gemäß Artikel 325 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verletzen; Handlungen oder Unterlassungen, die den Binnenmarkt betreffen, gemäß Artikel 26, Absatz 2, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (einschließlich Verstöße im Bereich Wettbewerb und staatliche Beihilfen sowie solche im Bereich der Körperschaftssteuer); Handlungen oder Verhaltensweisen, die, auch wenn sie keinen Rechtsverstoß darstellen, den Gegenstand oder den Zweck der Bestimmungen der Rechtsakte der Union in den oben genannten Bereichen vereiteln. Auch rechtswidriges Verhalten im Sinne des Gesetzesdekrets 231/2001 oder Verstöße gegen das vom Unternehmen übernommene Modell 231 können Gegenstand einer möglichen Meldung sein.

Offenlegung gemäß Artikel 13, 14, EU-Verordnung 2016/679

Gemäß Artikel 13 und 14 der EU-Verordnung 2016/679 (nachfolgend: DSGVO) informiert Seniorenwohnheim Eden - soziale Genossenschaft, mit eingetragenem Sitz in Christomannosstr. 12, 39012 Meran, als Verantwortlicher für die Datenverarbeitung potenzielle Hinweisgeber, gemeldete Personen, Vermittler und alle anderen natürlichen Personen, die möglicherweise an der Verwaltung der Meldungen beteiligt sind, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten verschiedene Kategorien von Informationen über natürliche Personen betreffen kann, einschließlich, zumindest potenziell, besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 DSGVO) und personenbezogener Daten im Zusammenhang mit strafrechtlichen Verurteilungen und Straftaten (Art. 10 DSGVO). Die rechtlichen Grundlagen, die die Verarbeitung legitimieren, sind die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6, Absatz 1, Buchstabe c), DSGVO) und, bezüglich besonderer und strafrechtlicher Daten, die Bestimmungen von Art. 9, Absatz 2, Buchstabe g) und Art. 10, in Verbindung mit Art. 2-octies, Gesetzesdekret 196/2003.

Die Identifizierungsdaten der meldenden Person sind ausschließlich für das externe spezialisierte Unternehmen sichtbar, das als Verantwortlicher gemäß Art. 28 DSGVO fungiert, sowie den Technologie- oder Telekommunikations-Unterlieferanten, sofern die meldende Person nicht ausdrücklich ihre Zustimmung erteilt. Es sind keine weiteren Fälle der Übermittlung personenbezogener Daten vorgesehen, außer in Fällen der Ausübung der Rechte zur Geltendmachung oder Verteidigung eines Rechts des Verantwortlichen, des Bearbeiters oder Dritter. Keine personenbezogenen Daten werden außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums übertragen oder gespeichert.

Personenbezogene Daten, die offensichtlich nicht zur Verarbeitung einer spezifischen Meldung nützlich sind, werden nicht gesammelt oder, falls versehentlich gesammelt, sofort gelöscht. In jedem Fall werden die Daten für einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren ab dem Datum der Mitteilung des endgültigen Ergebnisses des Meldeverfahrens aufbewahrt.

Jeder betroffenen Person werden die Rechte gemäß den Artikeln 15 und folgenden der DSGVO zuerkannt, innerhalb der Grenzen, die durch Buchstabe f, Absatz 1, Artikel 2-undecies, Gesetzesdekret 196/2003 festgelegt sind. Daher können die in den genannten Artikeln genannten Rechte nicht ausgeübt werden, wenn die Ausübung dieser Rechte zu einer tatsächlichen und konkreten Beeinträchtigung der Vertraulichkeit der Identität der meldenden Person führen könnte. Die Rechte auf Widerruf zuvor erteilter Einwilligungen bleiben erhalten.

Um Ihre Rechte auszuüben, können Sie sich schriftlich an den Datenschutzbeauftragten wenden, der unter der E-Mail-Adresse dpo@pec.brennercom.net erreichbar ist, oder Sie können sich an die Postanschrift des Datenverantwortlichen wenden.

Die betroffene Person hat auch das Recht, sich an den *Garante per la protezione dei dati personali* (GPDP) (italienisch für Garant für den Schutz der persönlichen Daten) zu wenden.